



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 30.04.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 6. Mai 2025, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 18.03.2025**
2. **24-A-78-0001**

Aktueller Bericht der LSBT*IQ Koordinierungsstelle
3. **Vorsorge Stromausfall**
- mündliche Berichterstattung durch Dezernat I -

Antrag aus der Sitzung vom 20.03.2025:

4. 25-F-15-0013

Rettungsdienstschule - Sachstand und weitere Vorgehensweise

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 12.03.2025 -

Die Einrichtung einer Rettungsdienstschule ist ein wichtiger Baustein der Aufgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich des Katastrophenschutzes. der systemrelevanten Aufgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Hierzu gibt es entsprechende Beschlüsse in den letzten Haushaltsberatungen.

Die Bedeutung dieses Projektes ist darin begründet, dass für den Katastrophenschutz und die Notfallversorgung qualifiziertes Personal ausgebildet werden muss, von daher müssen schon jetzt konkrete Schritte eingeleitet werden.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschliessen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der aktuelle Sachstand zur geplanten Rettungsdienstschule in Bezug auf Standort und Baubeginn ist,
2. wie die aktuelle Personalausstattung dieser neuen Einrichtung sich darstellt und Besetzungen schon erfolgt sind, und
3. ob schon zeitnahe Besetzungen konkret vorgenommen wurden, auch wenn der Haushalt 2025 noch nicht genehmigt ist.

Anträge zur Sitzung am 08.05.2025:

5. 25-F-22-0044

Sachstandsbericht Sofortprogramm „Sicherheit bei Veranstaltungen“

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 29.04.2025 -

Das Land Hessen unterstützt mit dem Sofortprogramm „Sicherheit bei Veranstaltungen“ Kommunen gezielt bei der Umsetzung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen für Veranstaltungen. Voraussetzung ist die interkommunale Zusammenarbeit, um gemeinsam Sicherheitsmaßnahmen anzuschaffen und gleichzeitig Kosten zu reduzieren. Das Sofortprogramm bietet auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Möglichkeit, zusätzliche präventive Sicherheitsmaßnahmen umzusetzen und könnte gleichzeitig eine finanzielle Entlastung darstellen.

Durch die mögliche Förderung des Landes Hessen in Kombination mit interkommunalen Lösungen können wichtige Impulse für die Sicherheit in Wiesbaden gesetzt und gleichzeitig Ressourcen effizient genutzt werden. Dies wäre gerade in der aktuellen Haushaltslage wünschenswert.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand zur Inanspruchnahme des Sofortprogramms „Sicherheit bei Veranstaltungen“ des Landes Hessen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten und dabei folgende Fragen besonders zu berücksichtigen.

1. Hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits für eine Förderung aus dem genannten Sofortprogramm beworben oder plant dies?
2. Welche konkreten Maßnahmen wären für Wiesbadener Veranstaltungen aus Sicht des Magistrats förderfähig?
3. Sind bereits Fördermittel beantragt oder bewilligt worden? Wenn ja, für welche konkreten Sicherheitsmaßnahmen bzw. Veranstaltungen?
4. Inwieweit sind Kooperationen mit Nachbarkommunen im Sinne der interkommunalen Zusammenarbeit geplant?

6. 25-F-15-0018

Elterntaxis an Schulen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.04.2025 -

In der letzten Zeit häufen sich Beschwerden über sogenannte Elterntaxis an Schulen - vornehmlich an Grundschulen. Die Presse berichtete darüber.

Der Ausschuss „Frauen, Gleichstellung und Sicherheit“ möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob sich durch diese Elterntaxis besondere örtliche Schwerpunkte - an welchen Schulen - in Wiesbaden gebildet haben,
2. an welchen Schulen die Stadtpolizei in den letzten beiden Jahren wegen Elterntaxis schon zum Einsatz kam,
3. ob es wegen der Elterntaxis schon zu Unfällen gekommen ist, und
4. gedenkt der Magistrat die Stadtpolizei für verstärkte Kontrollen in diesem Bereich einzusetzen, um die STVO aufrecht zu erhalten und ist ein Einsatz von Schülerlotsen angedacht?

7. 25-I-30-0001

Situation der Frauenhäuser in Wiesbaden

- Beschluss Nr. 0012 des Ausländerbeirates vom 01.04.2025 -

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. Wie viele Frauenhäuser gibt es in Wiesbaden und wie viele freie Plätze sind vorhanden?
2. Sind die Frauenhäuser ausreichend personell besetzt? Wie viele Mitarbeiterinnen sind als Vollzeit- und Teilzeitkraft beschäftigt?
3. Wie viele pädagogische Mitarbeiterinnen gibt es für Kinder?
4. Existieren für Frauen und Kinder psychologische Beratungsmöglichkeiten?
5. Welche Bedarfslagen gibt es für Frauen, die keine oder geringe Kenntnisse der deutschen Sprache haben? Wie werden diese gelöst?
6. Gibt es Kultursensible Beratungen?
7. Gibt es Schulungen in Zusammenhang mit Fortbildungen für Mitarbeiter?

Begründung:

Gewalt an Frauen ist leider ein alltägliches Thema, womit alle Frauen unabhängig ihres Alters, ihrer sozialen Herkunft und ihrer Nationalität oder regionaler Herkunft direkt oder indirekt konfrontiert sind. Mitglieder des Ausländerbeirates werden nach Hilfsmöglichkeiten für Frauen, die direkt oder indirekt Gewalt erleben, gefragt.

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-F-63-0014

Gewalt in der Geburtshilfe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Hinweis:

Der Bericht von Dezernat IV vom 19.03.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné

Vorsitzende